

# Antrag

**Initiator\*innen:** Mayra Vriesema (KV Nordfriesland)

**Titel:** Rente mit Zukunft - gerecht und solidarisch

## Antragstext

1 Die Sicherheit der gesetzlichen Altersvorsorge (GRV) ist für viele Menschen ein  
2 Stabilitätsanker - insbesondere in Krisenzeiten. Alle sollten sich darauf  
3 verlassen können, im Alter einen Lebensstandard fern von Altersarmut zu haben.  
4 Für die meisten Menschen ist die gesetzliche Rentenversicherung der wichtigste  
5 Bestandteil ihrer Altersvorsorge - insbesondere für Frauen und Menschen in  
6 Ostdeutschland.

7 Doch gerade dieser Stabilitätsanker beginnt zu rosten - und das nicht erst seit  
8 gestern. Seit Jahren steuert das Rentensystem auf einen Eisberg zu. Dieser  
9 Eisberg ist der demografische Wandel. Der wissenschaftliche Beirat des  
10 Bundeswirtschaftsministeriums weist mit Hilfe demografischer Modelle  
11 eindrücklich auf die bevorstehende Rentenkrise hin. Eine zentrale Kennziffer ist  
12 dabei der Altersquotient 65+/20–64, der das Verhältnis zwischen älteren Menschen  
13 und jüngeren Menschen in Deutschland beschreibt. Wenn heute 2,5 Personen im  
14 erwerbsfähigen Alter auf eine Person im Rentenalter kommen, werden es schon 2035  
15 nur noch zwei sein. Zum Vergleich: 1960 kamen über fünf Personen im  
16 erwerbsfähigen Alter auf eine Person im Rentenalter, im Jahr 1995 waren es noch  
17 vier Personen. Die nötige Aufstockung an Zuschüssen aus dem Bundeshaushalt wird  
18 hoch sein. Diese Zuschüsse werden für die allgemeine Rentenversicherung von  
19 heute 93,1 Milliarden Euro schon im Jahr 2035 auf 138,9 Mrd. Euro steigen - das  
20 entspricht mehr als einem Viertel des Bundeshaushalts. Konkret bedeutet das:  
21 Weniger Erwerbstätige müssen für immer mehr Rentenbezieher\*innen aufkommen und  
22 der Staat muss das Rentensystem massiv bezuschussen.

23 Die Ursachen für diesen Anstieg sind vielfältig: sinkende Geburtenraten, der  
24 Renteneintritt der geburtenstarken Jahrgänge (Babyboomer) und die steigende

25 Lebenserwartung.

26 In der öffentlichen Debatte wird häufig ein Generationenkonflikt konstruiert -  
27 Jung gegen Alt. Doch diese Polarisierung hilft nicht weiter. Was wir brauchen,  
28 ist eine ernsthafte Reforminitiative, die das Rentensystem und zukunftsorientiert,  
29 gerecht und solidarisch gestaltet. Dabei ist es auch wichtig die  
30 Begleitstrukturen, wie zum Beispiel den Arbeitsmarkt zu verbessern.

31 **Deshalb fordern wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein eine gerechte**  
32 **und solidarische Rente**, die sowohl einen hohen Lebensstandard im Alter als auch  
33 einen verlässlichen Schutz vor Altersarmut gewährleistet.

34 **Dafür setzen wir uns für folgende Schwerpunkte ein:**

35 **Punkt 1: Eine Bürger\*innenversicherung – Alle zahlen ein**

36 Das Ziel einer Bürger\*innen Versicherung ist ein solidarisches Rentensystem, in  
37 dem alle Bürger\*innen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen -  
38 unabhängig vom Beruf oder der Einkommensart. Mittelfristig sollen dabei alle  
39 Einkommensarten berücksichtigt werden. Dabei sollte immer besonders Rücksicht  
40 auf die Menschen mit geringen Einkommen genommen werden.

41 Im ersten Schritt müssen insbesondere nicht anderweitig abgesicherte  
42 Selbstständige und Abgeordnete in das System einbezogen werden. Ein solcher  
43 Systemwechsel erfordert flexible Beitragsmodelle sowie Übergangsfristen  
44 (Karenzzeiten), um soziale Härten zu vermeiden.

45 Darüber hinaus soll das einheitliche Alterssicherungssystem, auch Beamt\*innen  
46 einschließen. Derzeit existiert in Deutschland ein Zweiklassensystem:  
47 Arbeitnehmer\*innen zahlen in die gesetzliche Rentenversicherung ein, während  
48 Beamt\*innen direkt vom Staat versorgt werden - mit in der Regel deutlich höheren  
49 Pensionsansprüchen von rund 70 % des letzten Gehalts im Vergleich zu rund 50 %  
50 bei gesetzlich Rentenversicherten.

51 Wenn auch Beamt\*innen in die Bürger\*innen Versicherung (in der Übergangsphase in  
52 die GRV) einzahlen würden, würde dies die Zahl der Beitragszahler\*innen erhöhen  
53 und kurzfristig die finanzielle Stabilität verbessern. Die Lastenverteilung  
54 würde gerechter, und es entstünde Spielraum für nachhaltige Reformen.

55 Der Staat würde mit gutem Beispiel vorangehen und die Chance nutzen,  
56 bürokratische Strukturen zu verschlanken, indem parallele Versorgungssysteme

57 reduziert werden.

58  
59 Wir wollen prüfen, wie perspektivisch nicht nur Einkommen aus Arbeit zur  
60 Finanzierung des Sozialsystems einbezogen werden, sondern wie Menschen mit sehr  
61 hohen Kapitaleinkünften ihren Teil zur solidarischen Finanzierung der  
62 Sozialversicherungen beitragen können. Dafür brauchen wir großzügige Freibeträge  
63 für Menschen, die für das eigene Alter privat Geld zurücklegen.  
64 Vor dem Hintergrund der Finanzierungslücken, müssen Wege gesucht werden, wie  
65 sehr hohe Kapitalerträge in die Finanzierung der Rente einbezogen werden können,  
66 ohne den Versicherungscharakter zu gefährden. Auch dies sollte ein Baustein  
67 sein, um Beitragssätze langfristig zu stabilisieren und den Faktor Arbeit nicht  
68 weiter zu belasten.

69 **Punkt 2: Verteilungsgerechtigkeit stärken**

70 Wer mehr hat, muss auch mehr beitragen - dafür setzen wir uns ein. Menschen mit  
71 hohen Einkommen sollen proportional stärker zur Finanzierung der  
72 Rentenversicherung beitragen.

73 Konkret fordern wir eine Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze von 8.050€ auf  
74 12.000€, sodass auch höhere Einkommen in vollem Umfang beitragspflichtig werden.  
75 Gleichzeitig soll ab einem Einkommen, das dem Doppelten des mittleren  
76 Bruttojahresverdienstes in Deutschland entspricht, eine reduzierte  
77 Rentensteigerung, bei gleichbleibenden Rentenbeiträgen gelten. So bleibt das  
78 System leistungsbezogen, aber sozial ausgewogener.

79 **Punkt 3: Stiftung öffentlichen Rechts zur Stärkung der Rentenfinanzierung**

80 Es soll eine Stiftung des öffentlichen Rechts gegründet werden, mit dem Ziel,  
81 die gesetzliche Rentenversicherung langfristig finanziell zu stabilisieren.

82 Die Bundesregierung erhält dazu den Auftrag, 200 Milliarden Euro in Form von  
83 Eigenkapital und Darlehen einzuzahlen. Aus den Erträgen dieses Fonds sollen in  
84 den Folgejahren zusätzliche Mittel in die Rentenkasse fließen - ergänzend zur  
85 beitragsfinanzierten Rente.

86 Dabei ist entscheidend:

- 87 • Die Stiftung muss unter parlamentarischer Kontrolle stehen - etwa durch  
88 ein unabhängiges Kontrollgremium des Bundestages.

89       • Mittel aus der gesetzlichen Rentenkasse dürfen nicht zur Finanzierung des  
90       Kapitalstocks verwendet werden.

91       • Die Mittel sollen ausschließlich nachhaltig investiert werden.

92       So schaffen wir eine nachhaltige und transparente Ergänzung zur  
93       umlagefinanzierten Rente - ohne diese zu schwächen oder das Beiträge  
94       zweckentfremdet werden.

#### 95       **Punkt 4: Die Rente mit 63 reformieren**

96       Das aktuelle Rentensystem bevorzugt Menschen mit höheren Einkommen. Diese nutzen  
97       unter anderem die Möglichkeit der Rente mit 63, um früher aus dem Berufsleben  
98       auszuscheiden - obwohl sie in der Regel keine gesundheitlichen Einschränkungen  
99       haben, die sie vom Arbeiten abhalten würden. Einkommensschwächere Menschen  
100      hingegen müssen häufig länger arbeiten - für eine geringere Rente.

101      Forschungsergebnisse zeigen: Neun von zehn Bezieher\*innen der Rente mit 63  
102      gehören zu den Besserverdienenden und sind gesundheitlich in der Lage,  
103      weiterzuarbeiten.

104      Wir finden: Wer vermögend und gesund ist, sollte erst zum regulären  
105      Renteneintritt in Rente gehen dürfen - und dadurch auch zum Erhalt des  
106      Rentensystems beitragen. Es müssen jene früher in Rente gehen können, die  
107      körperlich belastende Arbeit oder Schichtdienst leisten..

108      Wir setzen uns deshalb dafür ein, das Gießkannenprinzip der bisherigen Rente mit  
109      63 abzuschaffen. Es soll geprüft werden, wie ein eine Rente mit 63 bei den  
110      Menschen ankommt, die gesundheitlich nicht mehr arbeiten können und nicht bei  
111      denen, die sowieso schon genug Geld haben und fit sind.

#### 112      **Punkt 5: Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktes verbessern**

113      Mehr Menschen müssen Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten, um das Verhältnis von  
114      Einzahler\*innen und Bezieher\*innen von Rente zu entspannen. Derzeit verhindern  
115      jedoch strukturelle Barrieren - insbesondere patriarchale Strukturen - einen  
116      gleichberechtigten Zugang, vor allem für Frauen. Nach wie vor übernehmen in der  
117      Regel Frauen den Großteil der unbezahlten Care-Arbeit. Die Vereinbarkeit von  
118      Familie und Beruf muss deutlich gestärkt und der Gender Pay Gap endlich  
119      geschlossen werden. Frauen dürfen nicht in der Teilzeitfalle stecken, sondern  
120      müssen einen besseren Zugang zur Vollzeitarbeit bekommen.

121 Des Weiteren wäre ein konkreter Schritt zur Anerkennung der Care-Arbeit die  
122 gleichwertige Anrechnung von Rentenpunkten - und das nicht nur während der  
123 Elternzeit. Eine Person, die sich um ihre Kinder oder anderweitige  
124 Familienmitglieder kümmert, sollte im Durchschnitt dieselben Rentenansprüche  
125 bekommen wie Erwerbstätige.

126 Ergänzend dazu fordern wir eine Automatisierung dieser Prozesse, sodass nicht,  
127 wie bei der Kindererziehungszeit, erst ein Antrag gestellt werden muss, bevor  
128 die Rentenpunkte angerechnet werden.

129 Auch der Zugang für zugewanderte Menschen zum Arbeitsmarkt muss erleichtert  
130 werden. Der Fachkräftemangel stellt - ebenso wie die Rentenfinanzierung - eine  
131 enorme Herausforderung für Deutschland dar. Deshalb braucht es weniger  
132 bürokratische Hürden und mehr Investitionen in Beratungs-, Qualifizierungs- und  
133 Betreuungsangebote. Vor allem darf eine Arbeitserlaubnis nicht aufgrund von  
134 einer potenziellen Abschiebung verweigert oder verzögert werden.

135 Darüber hinaus müssen die Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass gesundes  
136 und längeres Arbeiten möglich ist. Dazu gehören:

- 137 • die Förderung alters- und altersgerechter Arbeitsbedingungen,  
138 • sowie mehr Prävention im Bereich Gesundheit und Arbeitsschutz,

139 Nur so schaffen wir ein solidarisches Rentensystem, das nicht auf Kosten der  
140 Gesundheit oder Gleichstellung funktioniert.

141 **Punkt 6: Beitragsbemessungsgrenze streichen, solidarisches Sicherungssystem  
142 stärken, Rentenniveau sichern**

143 Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und der stetig steigenden  
144 Bundeszuschüsse sehen wir die Notwendigkeit einer umfassenden Reform unseres  
145 Alterssicherungssystems. Ziel ist ein modernes solidarisches Sicherungssystem,  
146 das Umlage- und Kapitaldeckung sinnvoll verbindet, bestehende Privilegien abbaut  
147 und die gesetzliche Alterssicherung langfristig stabilisiert. Ein zentraler  
148 Baustein ist die perspektivische Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze. Diese  
149 Grenze bewirkt heute, dass sehr hohe Einkommen und Vermögen nur eingeschränkt  
150 zur Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme beitragen und Einkünfte oberhalb  
151 dieser Schwelle nicht berücksichtigt werden. Dies halten wir weder für gerecht  
152 noch für nachhaltig. Da das neue System nicht mehr dem klassischen  
153 Äquivalenzprinzip einer „Versicherung“ folgen soll, gilt künftig: Nicht die  
154 Einzahlung, sondern ausschließlich die Auszahlung wird begrenzt.

155 Um ein gerechtes Verhältnis zwischen Beitrag und Leistung zu sichern,  
156 befürworten wir daher die Einführung einer großzügigen Rentenobergrenze, die  
157 sich funktional an der bisherigen Beitragsbemessungsgrenze orientiert, jedoch  
158 ausschließlich die Auszahlungsseite betrifft. Dadurch leisten sehr hohe  
159 Einkommen einen vollen solidarischen Beitrag, während das Leistungsniveau  
160 zugleich klar strukturiert bleibt.

161 Wir bekennen uns weiterhin zu einem Sicherungsniveau von mindestens 48 Prozent  
162 innerhalb des solidarischen Sicherungssystems. Dieses Sicherungsniveau gilt für  
163 alle Einkommen bis zur Rentenobergrenze, da eine darüberhinausgehende Leistung  
164 dem Charakter eines gedeckelten Sicherungssystems widerspräche.

165 Zugleich bekräftigen wir das reguläre Renteneintrittsalter von 67 Jahren, um die  
166 langfristige Finanzierbarkeit zu gewährleisten. Mit dieser Reform stärken wir  
167 die gesetzliche Alterssicherung als zentrale, solidarische Säule des  
168 Sozialstaates – gerechter, nachhaltiger und generationenfester als bisher.

169 Dieser Antrag wird gemeinsam mit dem Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND SH  
170 eingebracht